



Eine Schranke im Seeweg zur Verhinderung von Durchfahrtsverkehr, mit einer Schließmöglichkeit für Anwohner?

Der Seeweg ist eine öffentlich gewidmete Gemeindestraße. Widmungsbeschränkungen sind nicht vorhanden. Der Seeweg liegt in einer Tempo-30-Zone. Die Fahrbahn ist aus Natursteinschotter (Grauwacke), welcher bei Trockenheit durch Fahrzeugnutzung staubt und für die Anwohner zu einer Belastung führt.

Die Nutzung der Straße ist jedermann im Rahmen der Widmung und der Straßenverkehrsvorschriften innerhalb der verkehrsüblichen Grenzen gestattet (Gemeingebrauch); (siehe § 14 Brandenburgisches Straßengesetz). Die Ausübung steht „Jedermann“ zu, also Gemeindegürgern und Ortsfremden, Einzelpersonen, Inländern und Ausländern, aber auch juristische Personen des öffentlichen oder privaten Rechts. Zweifelsfrei gehört die Benutzung der öffentlichen Straße als fahrender Insasse eines PKW zum Zwecke des Erreichens eines Zieles (Ortsveränderung) zum Gemeingebrauch. Der Seeweg darf daher mit einer maximalen Geschwindigkeit von 30 km/h von jedermann und von allen Fahrzeugarten befahren werden.

Durch das Aufstellen von Hindernissen (Schranken) auf der Straße, wird das Recht auf Bewegungsfreiheit unzumutbar eingeschränkt. Eine dauerhafte Beschränkung des Gemeingebrauchs wäre gegeben. Eine vorübergehende Beschränkung des Gemeingebrauchs ist wegen Durchführung von Straßenbauarbeiten oder wegen des baulichen Zustandes der Straße möglich. So wurde bereits im letzten Sommer das Anbringen einer zulässigen Geschwindigkeit von 10 km/h für den Bereich des Seeweges angeordnet. Das Aufstellen einer Schranke jedoch ist wohl auf Dauer angelegt und somit kommt dies einer Teileinziehung (dauerhafte Beschränkung auf bestimmte Benutzerkreise oder Verkehrsarten) gleich.

Eine dauerhafte Schranke zur Verhinderung des Durchgangsverkehrs ist daher aufgrund der derzeit vorliegenden Widmung straßenrechtlich unzulässig.

Was würde eine Schranke bedeuten?

Es müssten jeweils Wendeschleifen für die AWU angelegt werden oder ein Schließentgelt entrichtet werden, wenn die Schranke während der Entsorgungstour geöffnet und anschließend wieder verriegelt werden muss (lt. Auskunft AWU). Ggf. müsste der Tourenplan geändert werden. Zudem gilt § 19 Abs. 3 der Abfallentsorgungssatzung des Landkreises Oberhavel. Ggf. müssten die Tonnen an einen anderen Bereitstellungsort gebracht werden, wenn ein Befahren abgelehnt wird.

Weiterhin kann kein Umfahren einer Schranke verhindert werden. Südlich des Seeweges sind offene Feldflächen. Zäune sind hier nicht vorhanden.

Lieferanten (Post, Hermes, Amazon etc.), welche aus Richtung Westen kommend in den Seeweg zur Erreichung der Hausnummern 5 – 25 einfahren, würden vor der Schranke wenden und die Straße erneut in die Richtung wieder rausfahren. Das führt zu einer doppelten Staubbelastung, die ja eigentlich mit der Maßnahme vermieden werden soll. Auch Besucherverkehr für die dortigen Anlieger müsste von Westen kommen und würde beim Ausfahren in Richtung Westen erneut Staub verursachen.

Rettungsfahrzeuge und Feuerwehr haben im Ernstfall keine Zeit eine Schranke zu öffnen.

Bei Einfahrt in den Seeweg aus östlicher Richtung könnte dann Mehrverkehr im Storchenweg durch die Wegesperre entstehen. Den Verkehr kann der Weg nicht aufnehmen.



Auch für die tatsächlichen Anwohner bedeutet diese Schranke zusätzlicher Zeitaufwand entweder bei der Nutzung (Schranke öffnen und wieder verschließen) oder eben bei der Umfahrung (Verursachung von Umwegen).

Wie ist eine Schranke straßenverkehrsrechtlich einzuordnen?

Straßenverkehrsrechtlich ist die geplante Schranke nicht regelt. Die in § 43 Abs. 1 StVO genannten Schranken als Verkehrseinrichtungen sind Sperreinrichtungen, welche sich regelnd, sichernd oder verbietend auf den Verkehr auswirken (Baustellenabsperungen, Absperrschranken, Leitbaken) und sind durch die Straßenverkehrsbehörde anzuordnen. Eine mit einer Absperrschranke nach StVO (VZ 600) gekennzeichnete Straßenfläche darf nicht befahren werden. Ein Betretungsverbot für Fußgänger ergibt sich aus § 25 Abs. 4 StVO. Das wäre nicht gewollt.

Zudem wurde in einem Urteil (VG München, Urteil v. 06.07.2017 – M 23 K 16.1305) des Verwaltungsgerichts München klargemacht, dass eine dauerhafte Sperrung einer Wegeverbindung mangels Rechtslage nach dem Straßenverkehrsrecht rechtswidrig sei. Letztlich müssen Maßnahmen nach StVO von der straßenrechtlichen Widmung gedeckt sein. Die vorgenommene Sperrung der Wegeverbindung dürfte jedoch den Rahmen straßenverkehrsrechtlicher Maßnahmen überschreiten. Im Fall des VG Münchens genießt das Straßenrecht Vorrang vor dem Straßenverkehrsrecht. Anders sieht es im vorliegenden Fall des Seeweges auch nicht aus. Die straßenrechtliche Widmung enthält keine Beschränkung. Insofern kann auch keine Regelung mit einer Schranke aufgrund des Straßenverkehrsrechts getroffen werden.

Gebe es andere Möglichkeiten den Durchgangsverkehr zu verbieten?

Mit dem Verkehrszeichen „Verbot für Kraftfahrzeuge“ (VZ 260) und dem Zusatzzeichen „Anlieger frei“ (ZZ 1020-30) kann der Durchgangsverkehr verboten werden. Das Zeichen 260 besagt, dass Kraftträder, auch mit Beiwagen, Kleinkraftträder und Mofas sowie für Kraftwagen und sonstige mehrspurige Kraftfahrzeuge verboten sind. Das Verbot gilt für den fließenden Verkehr und für den ruhenden Verkehr. Kraftträder dürfen geschoben werden. Die Kombination mit dem Zusatzzeichen „Anlieger frei“ bedeutet, dass Lieferanten und Besucher zu den in diesem Bereich liegenden Bewohner weiterhin Zufahrt haben und auch parken dürfen. Der Durchfahrende zur Seelodge, zum Schöpfgraben oder Landwirte zu ihren Wiesen außerhalb des Seeweges dürfen den Seeweg nicht benutzen. Ratsam wäre die Aufstellung am Beginn des Seeweges, Ruppiner Chaussee um keinen Mehrverkehr über den Storchenweg zu verursachen. Damit würde der Storchenweg und auch der Birkenweg in diesem Bereich mit integriert werden müssen. Inwieweit die Beschilderung vom Straßenverkehrsamt anordnungsfähig ist, müsste noch geprüft werden. Ggf. ist auch ein SVV-Beschluss erforderlich (Thema Teileinziehung). Sollte die Anordnung erfolgt sein und die Schilder können aufgestellt, ist jedoch eine regelmäßige Kontrolle durch die Polizei erforderlich.

Welche Möglichkeit gibt es noch, die Staubbelastung durch den Straßenzustand zu verringern?

Eine kurzfristige Lösung ist das regelmäßige Bewässern der Fahrbahn.

Langfristig und nachhaltig ist die Lösung nur der grundhafte Ausbau der Verkehrsanlage an sich. Der Durchgangsverkehr müsste dann nicht mehr verboten werden. Das jedoch kann erneut zu Problemen, wie z. b. Raserei führen. Der Einbau verkehrsberuhigender Maßnahmen wäre dann kostenintensiver.